

Naher Osten: Einstürzende Staatsgebilde

Gastkommentar. In der gesamten Region löst sich gerade die nach 1918 dorthin exportierte Westfälische Ordnung auf. Nicht nur in Syrien und im Irak zerfällt der Territorialstaat. Der nächste betroffene Staat könnte Erdoğan's Türkei sein.

VON KARIN KNEISSL

Das ist der Anfang vom Ende der Westfälischen Ordnung, hieß es in einem Grundsatzpapier radikaler Islamisten unter dem Titel „Dschihadistischer Irak – Hoffnungen und Gefahren“ vom Dezember 2003. Als Westfälische Ordnung wird das System souveräner Territorialstaaten bezeichnet.

Der letzte große Religionskrieg, der nach 30 Jahren und der Ausrottung der Hälfte der europäischen Bevölkerung mit dem Westfälischen Frieden 1648 endete, wurde zur Zeitenwende. Nicht mehr die Religion bildete das Band zwischen Untertanen und Herrscher, sondern das Territorium. Die Basis für den Nationalstaat war gelegt, und das Gewaltmonopol war fortan in staatlicher Hand. Die Westfälische Ordnung bestimmt trotz ihrer Defizite seither unser Zusammenleben.

Aufgelöste Staatsgrenzen

Mit der Proklamation des grenzüberschreitenden Kalifats des Islamischen Staates IS im Juni 2014 wurde das von Europa nach dem Ersten Weltkrieg in den Nahen Osten exportierte Modell des Territorialstaates teilweise aufgelöst. Denn die Grenze zwischen Syrien und dem Irak besteht in weiten Teilen nicht mehr. Man fühlt sich an jenes Strategiepapier von 2003 erinnert, das mit den Anschlüssen in Madrid am 11. März 2004 internationale Aufmerksamkeit erlangte.

Ein neues Gemeinwesen, basierend auf Religion, will nun die alten Nationalstaaten ersetzen. Damit ist die Westfälische Ordnung über den Haufen geworfen.

Die Zerstörung von Syrien und dem Irak hängt eng mit den Kriegen zusammen, die der Westen im Namen von Regimewechsel und Demokratie losgetreten hat. Der IS schafft seinerseits nun Staatlichkeit und wächst zusehends. Damit stehen weitere Nationalstaaten – wie die Türkei – an der Kippe, sowohl durch den Größenwahn des autoritären Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan wie auch von expandierenden Kalifate zersplittert zu werden.

Während noch die Kämpfe marodierender Landsknechte in Mitteleuropa tobten, trafen sich Protestanten und Katholiken getrennt in Münster und Osnabrück, um über eine Neuordnung zu beraten. Damals noch nicht absehbar war,



dass aus Angehörigen von Glaubensgemeinschaften alsbald Bürger souveräner Staaten würden.

Die Aufklärung und bürgerlichen Revolutionen schufen letztlich den Citoyen, frei von religiöser und ethnischer Bindung, aber durch Steuerpflicht und Staatsbürgerschaft dem Staat verbunden und von diesem theoretisch beschützt. Dieses Ideal des freien Staatsbürgers strebten einst auch die arabischen Nationalisten an, die sich gegen das Osmanische Reich bzw. die Kolonialmächte erhoben. Auch all jene säkularen Menschen, die von Nordafrika einst nach Europa reisten, wollten

DIE AUTORIN



Karin Kneissl (* 1965 in Wien) studierte Jus und Arabistik in Wien. Sie war 1991/1992 Studentin an der ENA. 1990 bis 1998 im diplomatischen Dienst, danach Lehrtätigkeit. Zahlreiche Publikationen, darunter: „Die Gewaltspirale. Warum Orient und Okzident nicht miteinander können“ (2007); „Mein Naher Osten“ (Braumüller 2014).

frei sein von allem religiösen Zwang, der sich in ihren Staaten wieder breitmachte. Viele Muslime im aktuellen Europa stellen aber die Religion über alles andere.

Gläubige und Ungläubige

Wir erleben seit dem Zerfall Jugoslawiens und den ethnischen Säuberungen vom Irak bis nach Mali die Rückkehr der Glaubensgemeinschaften. Teils begeben sich die Menschen freiwillig in diese Gruppe, teils werden sie gezwungen, weil der Staat zerbricht, ihnen keinen Schutz mehr gewährt und die jeweilige religiöse oder ethnische Miliz die Kontrolle über den Alltag übernimmt.

So wurde die irakische Armee zu einer schiitischen Miliz, auch wenn die USA über 25 Milliarden Dollar in deren Aufbau gesteckt hatten; nachdem sie zuvor die funktionierende und relativ republikanisch organisierte Armee des Irak bei ihrem Einmarsch 2003 aufgelöst hatten. Der IS, der sich stark an der wahabistischen Glaubenslehre orientiert, sieht sich als Schutzmacht der rechtgläubigen Sunniten. Wer gläubig und wer ungläubig ist, bestimmen sie. So diktiert deutsche Konvertitinnen

den Syrerinnen in Raqqa, wie sie sich zu verhalten haben. Die Ungläubigen, allen voran die schiitischen Muslime, sind zu vernichten. Der Rest ist zu versklaven. Selbst die im Koran nachzulesende Kriegsführung zur Zeit des Propheten erscheint humaner als die Gegenwart.

Beunruhigend ist der öffentliche Diskurs. So werden in saudischen Sendern die Schiiten, gegen die die Führung im Jemen, in Bahrain ebenso wie in Syrien Krieg führt, als Ratten dargestellt. Den Ungläubigen wird das Recht auf Existenz abgesprochen.

Geopolitische Rochaden

Als der Muslimbruder Mohammed Mursi noch Ägyptens Präsident war, nannte er jene Ägypter, die gegen ihn demonstrierten, Ungläubige und Terroristen. Ähnlich hält es der starke Mann der Türkei, der seine Gegner, die sich nicht nur unter den Säkularen und den Kurden finden, gerne als „Feinde Gottes“ bezeichnet. Der bevorstehende Wahlkampf wird die vielen Spannungen, die die türkische Gesellschaft zu zerreißen drohen, nur verschärfen. Die fast täglichen Anschläge tun das ihrige. Gräben in

der Türkei bestehen auch zwischen den rivalisierenden Islamisten und den Verlierern des beendeten Wirtschaftsbooms.

2023 strebt Erdoğan als wesentliches Datum für seine Präsidentschaft an. Dann will er 100 Jahre Republik feiern und seinen baulichen und politischen Größenwahn mit viel Pomp begehen. Die Deadline – und dies im tieferen Sinne dieses Wortes – könnte für den soliden türkischen Nationalstaat, den Kemal Atatürk und seine Truppen zwischen 1920 und 1923 aus der osmanischen Konkursmasse schufen, bereits eher brisant werden. Denn mit der Kantonisierung Syriens und der Entstehung ethnischer Teilstaaten – also Alawitistan, Sunnistan etc. – könnte auch die kurdische Staatlichkeit wahrscheinlicher werden. Die geopolitischen Rochaden werden viele beuteln.

Alte Reiche, fragile Staaten

Nicht alle Staaten der Region sind Ergebnisse des kolonialen Exports des Westfälischen Modells. Saudi Arabien entstand 1932 im Zuge eines „Heiligen Kriegs“, eines Jihad. Die kleinen Emirate im Golf wurden von den Briten als Handel-Comptoirs für die Reise nach Indien geschaffen, sie gleichen heute mehr Supermärkten in der Wüste.

Anders verhält es sich mit den alten Reichen Iran und Ägypten, die auf mehr als 4000 Jahre Staatlichkeit zurückblicken. Beide Staaten haben auch ihre Bruchlinien. Doch sie stehen nicht an der Kippe, wie gegenwärtig die Türkei. Ägypten stützt sich auf die Armee, die in der Türkei entmachtet wurde. Und der Iran könnte demnächst auf Augenhöhe mit den USA als regionaler Hegemon auftreten.

Vieles dreht sich auf dem nahöstlichen Schachbrett, wo mehr religiöse Unordnung als die Westfälische Ordnung dominiert. Chaos macht sich breit. Eine Unterform davon ist der Staatenzerfall. Diesen gab es zu allen Zeiten. Doch etwas scheint brisanter an der gegenwärtigen Unordnung im Nahen Osten, der uns verdammt nahe ist. Erinnern wir uns: Die schlimmsten Glaubenskriege, bei denen es stets um Macht und Anspruch auf moralische Überlegenheit geht, tobten in Europa, nicht in Asien. Die Westfälische Ordnung brachte uns einst aus dem Schlamassel heraus.

E-Mails an: debate@diepresse.com

PIZZICATO

Stammtischbeschimpfung

Es war abzusehen: In Zeiten wie diesen, noch dazu vor wichtigen Wahlen, werden von gewissen Kreisen wieder die *Stammtische* abgewatscht. Dort „pöbelt und stänkert“ man, heißt es hier, „der Stammtisch mault und jammert über ‚die da oben‘, heißt's da. Dort saßen die „Neider“, „Grantler“, „Wähler von Protestparteien“, die „satten Pessimisten“, „Maulhelden“, überhaupt: Passt einem jemand oder etwas nicht, unterstelle man/frau einfach „Stammtischniveau“. Das macht als Allzweckknüppel immer einen g'hörigen Tuscher, und es erspart einem auch die Lästigkeit der Urteilsbegründung.

Also ich weiß net, was (1) ein Tisch dafür kann, dass Menschen einander dort mehr oder minder regelmäßig treffen, die (2) jemand kollektiv für Deppen, Bildungsintolerante, Böslinge, schlimmstenfalls Mitläufer oder Wegbereiter irgendeines *Ismus* hält. Aus dem armen Holz müssen Harztränen rinnen ob solch Pauschaldiskriminierung! Und wie verächtlich macht das Menschen generell, die regelmäßig irgendwo zum Trinken und Plaudern zusammenkommen: etwa beim Kaffeekränzchen der Senioren, feministischen Diskursabend im Frauencafé, Debattierklub der Politikstudenten im Studentenbeisl, Literaturzirkel im Café Gschisti-gschasti in Wien Neubau. An genau solchen Tischen nämlich sitzt *das Volk*. Es ist unklug, es als deppert zu bezeichnen. Noch dazu vor wichtigen Wahlen. (wg)

Reaktionen an: wolfgang.greber@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Gesetzesbruch ist an der Tagesordnung

Urschitz meint: „Europa ist unterwegs zur ‚Failed Union‘“, 8. 9. Vielen Dank für diese klare Aussage! Es ist wirklich zum Verrückt werden, was europäische „Politiker“ mit der einst wunderbaren Idee eines gemeinsamen Europa gemacht haben. Diese Idee wird durch permanenten Gesetzesbruch zu Grabe getragen. Ja, dieser Gesetzesbruch ist eigentlich schon an der Tagesordnung.

Die Briten wissen schon, warum sie diesen Wahnsinnsklub noch rechtzeitig verlassen wollen. Denn eines muss uns allen in Europa klar werden – so geht es ganz sicher nicht mehr allzu lang. Brüssel, heute Sinnbild eines büro-

kratischen Wahnsinnsgelbes höchster Unfähigkeit ausgestatteten Politikern, sprengt diese wunderbare Idee des gemeinsamen Europa in die Luft.

Was mich zur Weißglut bringt, ist die Tatsache, dass man nichts gegen diesen gelebten Wahnsinn der Politiker tun kann. Selbst die europäische Presse scheint mir in weiten Teilen Europas gleichgeschaltet – dabei würden wir tausende Urschitze brauchen.

Rudolf Gruber, 4060 Leonding

Erfolgreich vor und nach der Politik

„Eine Lanze für das Gespür der Journalisten beim Personal“, „Quergeschrieben“ von Anneliese Rohrer, 5. 9.

Frau Rohrer bricht eine Lanze für das Gespür der Journalisten beim Personal und nennt mich in ihrer Beurteilung in einer Reihe mit den Herrschaften Rumpold, Meischberger und Nachbaur. Offenbar ist Frau Rohrer die journalistische

Redlichkeit am Ende ihrer bemerkenswerten Karriere völlig abhandengekommen. Ich habe vor meiner politischen Tätigkeit, die als Abgeordneter zum Nationalrat von 1994 bis 2002 gedauert hat, in Oberösterreich eine der größten und erfolgreichsten Rechtsanwaltskanzleien aufgebaut. Ich war neben meiner anwaltlichen Tätigkeit mehrfach Vorsitzender parlamentarischer Ausschüsse und habe mir insbesondere in der Gesetzgebung zur Rückstellung von Raubkunst und der symbolischen Entschädigung von Zwangs- und Sklavenarbeitern Verdienste erworben.

Nach Beendigung meiner Abgeordnetenfunktion wendete ich mich wieder ausschließlich meiner anwaltlichen Tätigkeit zu. Nach nationalen und internationalen Rankings zähle ich in den von mir vertretenen Spezialgebieten zu den erfolgreichsten Rechtsanwälten Österreichs. Als Minister bin ich aus gesundheitlichen Gründen nach drei Wochen zurückgetreten. Meine Fähigkeiten ausschließend auf diese für mich unerfreu-